

Der Vision atomtechnischer Verheißungen gefolgt: Von der Euphorie zu ersten Protesten – die zivile Nutzung der Kernkraft in Deutschland seit den 1950er Jahren

Prof. Dr. Rolf-Jürgen Gleitsmann

Institut für Neuere-, Neueste- und Technikgeschichte, Karlsruher Institut für Technologie, E-Mail: rolf.juergen.gleitsmann@kit.edu

Abstract

In the 1950s, the nuclear age was announced and propagated worldwide as a future blessing for mankind. "Atoms for peace" was the promising slogan, indicating that Western industrial nations denying the atomic salvation would be seriously threatening their own and the whole West's economic prosperity. West Germany heavily embraced this technological utopia and relied on the development of nuclear technology since the 1950s. Despite continuous grassroot protest especially in West Germany, this resulted in a path dependency of a technical momentum (Thomas P. Hughes) in the system of the large-scale energy production until today, which only might have come to an end as a result of Fukushima's super meltdown.

Keywords: Atomeuphorie, Kernenergie, Atomzeitalter, Bürgerprotest, Atompolitik, Fukushima

Manuscript received 28 April 2011, revised 28 April 2011, accepted 28 April 2011.

Copyright note: This is an open access article distributed under the Creative Commons Attribution License, which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided that the original work is properly cited.

I

Die Ereignisse überschlagen sich. Wer geglaubt hatte, mit den Katastrophen von Windscale/Großbritannien (1957),¹ Harrisburg/USA (1979)² und Tschernobyl/UdSSR (1986)³ die dunkelsten Seiten kerntechnischer Energieerzeugung erlebt zu haben, musste sich in den vergangenen Wochen eines schlechteren belehren lassen.

Das japanische Fukushima wurde, trotz aller statistischen Unwahrscheinlichkeiten in unserer Generation nun bereits das vierte kerntechnische Desaster.

Der Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines Vortrages im Rahmen des von der Volkswagenstiftung veranstalteten „Ersten Forums für Zeitgeschehen“ zum Thema „Strahlendes Erbe – 25 Jahre nach Tschernobyl“, Hannover, 28.3.2011, dar.

¹ Vgl. Lorna Arnold, Windscale 1957: Anatomy of a Nuclear Accident, London 2007.

² Der Störfall von Harrisburg. Der offizielle Bericht der von Präsident Carter eingesetzten Kommission über den Reaktorunfall auf Three Mile Island, dt., Düsseldorf 1979.

³ Franz-Josef Brüggemeyer, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998.

Ein Desaster zudem mit weitreichenden Folgen nicht nur für die Menschen in Japan selbst, sondern auch für die Technikgläubigkeit unserer modernen Welt an sich und ebenso für das Gefüge des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kernenergie wurde, glaubt man den Wahlanalysten, in Baden-Württemberg, am 27.3.2011 abgewählt. Dies stellt einen politischen Erdutsch ohne gleichen dar, mit weitreichenden, bisher kaum endgültig zu überblickenden Folgen. Eines aber scheint bereits jetzt sicher: die politischen Parteien revidieren ihr Verhältnis zur Kernkraft, beginnen ihren Nutzen und ihre Risiken kritisch zu hinterfragen und suchen nun nach einem Weg aus dieser Art der Energieerzeugung möglichst schnell „auszusteigen“. Vor diesen Hintergründen dürfte es deshalb aufschlussreich sein, den Blick zurück in die Geschichte zu wenden und danach zu fragen, wie es in Deutschland mit der Atom-Energie-Nutzung eigentlich begann, wer sie wollte, bzw. gar als unverzichtbar begrüßte, wer sie ablehnte und weshalb man

vom gewählten Pfad der Atom-Energie-Erzeugung bisher nicht abkam, bzw. abkommen wollte. Stationen der historischen Energietechnik-Entwicklung für die Bundesrepublik sind:

- 1. die Technik- und Atomeuphorie der 1950er-1960er Jahr,
- 2. die Phase der Realisierung von Leistungsreaktoren in den 1970er und 1980er Jahren, sowie
- 3. die Kernenergie als gesellschaftliche Realität und Feld politisch-gesellschaftlicher Kontroversen seit den späten 1970er Jahren bis heute.

II

Die Katastrophe von Tschernobyl hat, anders als die von Windscale oder Harrisburg, im Jahre 1986 den Glauben an die Sicherheit der atomaren Energietechnik weltweit zutiefst erschüttert. Der dunkle Schatten



Figure 1. Quelle: www.tagesschau.de [27.4.2011]

radioaktiver Verseuchung über Europa, das direkt mit betroffen sein von einem Ereignis, das so weit weg schien und dann doch so nah geschah, führte auch in Deutschland der Bevölkerung und ihren Eliten schlagartig vor Augen, wie fragil es um Sicherheit im kerntechnischen Bereich letztlich bestellt war. Ein vermeintlich technisches Risiko geringerer statistischer Wahrscheinlichkeit hatte sich mir nichts dir nichts zum Supergau ausgewachsen, war urplötzlich gesellschaftliche Realität geworden und löste nun zunächst Ungläubigkeit und dann heftigste politische Akzeptanzdebatte über die Kernenergieerzeugung an sich aus. Das Konzept der „industriegesellschaftlichen Moderne“ als solches schien in

Frage gestellt, bzw. durch die „Risikogesellschaft“,⁴ wie Ulrich Beck formulierte, oder gar den „Atomstaat“⁵ abgelöst zu werden.

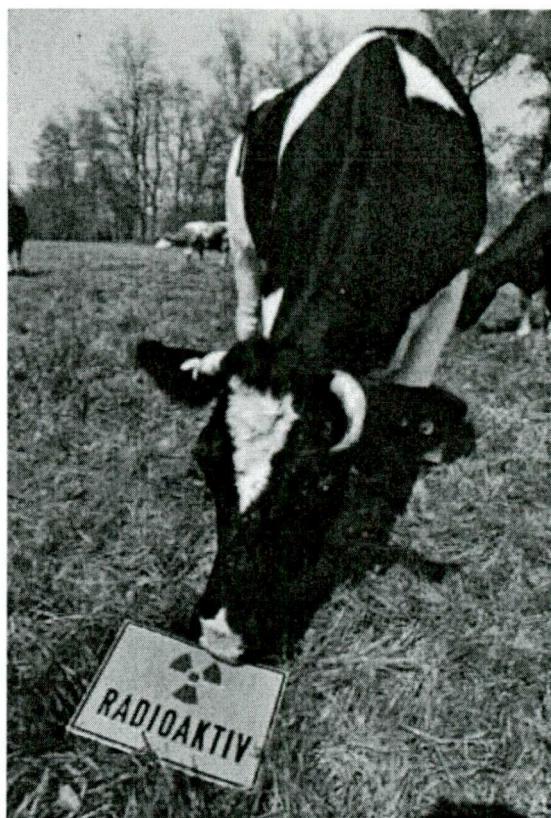


Figure 2. Quelle: [www.einestages.spiegel.de/...](http://www.einestages.spiegel.de/) / radioaktive_weide.htm [27.4.2011].

Die Grundsatzfrage nach einem Ende des Atomzeitalters drängte sich auf und wurde u. a. von der Wissenschafts- und Technikgeschichtsschreibung bereits ein Jahr nach Tschernobyl in einschlägigen Publikationen eingehend diskutiert.⁶ Eine einvernehmliche, eindeutige Antwort auf die aufgeworfene Frage wurde erwartungsgemäß nicht gefunden. Bemerkenswert allerdings waren zwei Überlegungen der Herausgeber der Publikation: Zum einen ihr Verweis auf die historische Dimension gesellschaftlicher Diskurse um Politik und Technik mit der Feststellung, dass jede Epoche ihre großen Streitfragen

⁴ Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

⁵ Robert Jungk, Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977.

⁶ Vgl. Armin Hermann, Rolf Schumacher (Hg.), Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München 1987.

habe⁷; und zum anderen eine daran anschließende Grundsatzfrage: „Können wir es uns leisten, in der nun aufgebrochenen Frage der Kernenergienutzung wie in früheren Epochen der deutschen Geschichte erst einmal das Falsche zu tun, bis wir auch hier erst nach angerichtetem Schaden (einigermaßen) klug werden?“⁸

Damit allerdings wurde die historische Dimension einer Betrachtung des Für und Wider der Kernkraftnutzung nicht nur angesprochen, sondern ausdrücklich gefordert. Ein sich bewusst machen der Geschichte von Entscheidungen und Entscheidungskontexten. Ein versteckendes sich klar werden über die Vergangenheit der Zukunft⁹, in der wir heute stecken. Und auch des „technischen Moments“¹⁰ einmal getroffener Entscheidungen, also des Beharrungsvermögens und der Wirkmächtigkeit sozio-technischer Systeme und der in sie inkorporierten technischen Lösungen.¹¹

In diesem Sinne soll nachfolgend der in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren beschrittene Weg in die Kernenergienutzung skizziert werden.

III

Blenden wir in diese frühen Jahre zurück. Die bundesdeutsche Wirtschaft boomte. Man sprach allgemein zu recht vom „Wirtschaftswunder“.

„Wohlstand für Alle“¹² war das Credo der Erhard'schen Wirtschaftspolitik. Die Bevölkerung wollte, sollte und konnte sich wieder etwas leisten. Der Weg in die Massenkonsumgesellschaft nach den Verheißungen des amerikanischen Vorbilds war beschritten. Der Zeitgeist wurde von einer technik- und zukunftsoptimistischen Grundstimmung geprägt und man setzte für die Zukunft voll und ganz auf die Segnungen des technischen Fortschritts. Meinungsumfragen der 1960er Jahre belegen reprä-

sentativ, dass über 70 % der Befragten Technik als Segen für die Menschheit ansahen.¹³

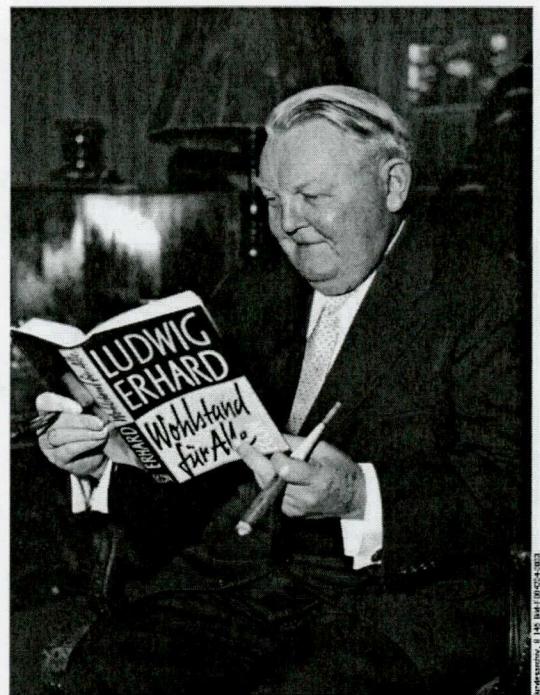


Figure 3. Quelle: Bundesarchiv, B 145 Bild-F004204-0003. Foto: Adrian, Doris. 28. Januar 1957 [27.4.2011].

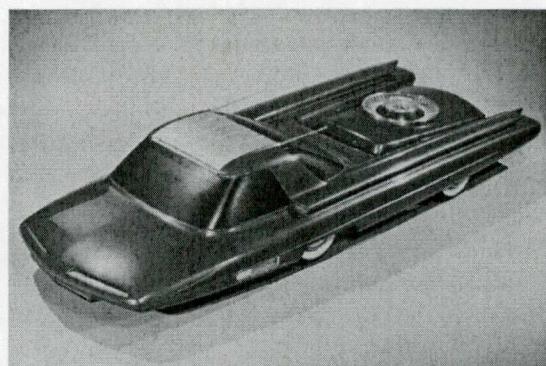


Figure 4. Ford Nucleon, Konzeptstudie für ein nuklearbetriebenes Auto (1958). Quelle: www.zeit.de /auto/2011-02/autokonzepte?page=2 [27.4.2011].

Und dieser schien sich in der noch recht jungen Atomkernenergie-Nutzung, also im so genannten „friedlichen Atom“, geradezu zu fokussieren. Hierin

⁷ Armin Hermann, Rolf Schumacher (wie Anm. 6), 5.

⁸ (Wie Anm. 6).

⁹ Karl H. Metz, Ursprünge der Zukunft. Die Geschichte der Technik in der westlichen Zivilisation, Paderborn 2005.

¹⁰ Thomas P. Hughes, Das ‚technische Momentum‘ in der Geschichte. Zur Entwicklung des Hydrierverfahrens in Deutschland 1898–1933, in: Karin Hausen, Reinhard Rüter (Hg.), Moderne Technikgeschichte, Köln 1975, 358–383.

¹¹ Vgl. Wolfgang König, Technikgeschichte, Stuttgart 2009, 89.

¹² Ludwig Erhard, Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957.

¹³ Vgl. Rolf-Jürgen Gleitsmann, Technikakzeptanz und Kernenergie, in: Olaf Schwencke, Caroline Y Robertson (Hg.), Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Aus Sicht der Wissenschaftsdisziplinen, Karlsruhe 2000, 129–135.

waren sich die Eliten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft absolut einig. Und auch in der Bevölkerung musste dies Leittechnologie, anders als von der historischen Forschung lange Zeit suggeriert,¹⁴ keineswegs Atombomben bedingte psychologische Hemmnisse überwinden, um akzeptiert zu werden.¹⁵ Die „Kampf dem Atomtod Bewegung“ richtete sich ausschließlich gegen die militärische Atombedrohung, nicht gegen das „friedliche Atom“.¹⁶



Figure 5. Anti-Atomtod-Bewegung. 150.000 Menschen demonstrierten am 17. April 1958 in Hamburg gegen nukleare Waffen für die Bundeswehr. Quelle: Staatsarchiv Hamburg.

Repräsentative Allensbach Umfragen von 1956 belegen, dass knapp 60 % der Befragten eine grundsätzlich positive Bewertung des Atomzeitalters und der Atomkraft äußerten. 1973 bis 1975, also zu Beginn der Errichtung zahlreicher Leistungsreaktoren, werden es dann sogar 77 % sein.¹⁷ Ein Ergebnis, welches erstaunt, scheint in der Bundesrepublik, u. a. durch die Studie des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“¹⁸ von 1972, doch gerade in dieser Zeit ein Bewusstseinswandel eingeleitet zu werden, der die Risiken der industriellen Wachstumsgesellschaft zu reflektieren beginnt und auf ökologisches Be-

wusstsein setzt. Als eine Folge hiervon wird die Grün-Alternative Liste 1983 in den Deutschen Bundestag einzehen.

IV

Der Griff nach dem friedlichen Atom war für die Bundesregierung unter ihrem CDU-Kanzler Konrad Adenauer in den 1950er Jahren unverzichtbarer Bestandteil deutscher Außen-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Souveränitätspolitik. Selbst die sozialdemokratische Opposition, die sich mit heftigen Attacken gegen die nukleare „Atom-Tod-Bedrohung“ zu Wort gemeldet hatte, sah demgegenüber in der friedlichen Kernkraftnutzung den „Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit“¹⁹ anbrechen und forderte deshalb, „schnellstmöglich an den Stand der Atomtechnik der fortgeschrittenen Nationen anzuknüpfen“.²⁰ Die Argumentationslinie für diese Position der Atomeuphorie schien klar und völlig unstrittig: Für eine Exportnation wie Deutschland würden Wohlstand, Wachstum, Wiederaufbau und sozialer Friede, ja die Zukunft des ganzen Landes, von dieser Atomtechnik abhängig sein. Könnte man hier nicht partizipieren, so wäre, wie es Carlo Schmid (SPD), einer der Väter des deutschen Grundgesetzes, in seinem Grundsatzreferat auf dem Münchner Parteitag von 1956 zum Thema „Atomkraft und die Automation als Wegbereiter einer Zweiten Industriellen Revolution“²¹ eindringlich formulierte, zu befürchten, dass „[...] wir dann in zehn Jahren ein von den Atomländern abhängiger Staat geworden sein werden.“²²

Dieses Dogma der Unverzichtbarkeit von Kernenergie für die bundesrepublikanische Zukunft erzwang nach damaligem Verständnis geradezu den Schritt in den Aufbau und die Nutzung dieser Technologie. Dies umso mehr, als die neue Atompolitik der Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer „atoms for peace“ Kampagne seit Dezember 1953 vehement dafür warb, die Chancen, die das „friedliche Atom“ für die Menschheit offerierte, schnellstmöglich zu ergreifen. Die Weichen hierfür wurden, u. a. durch

¹⁴ Vgl. Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbek 1983.

¹⁵ Vgl. Rolf-Jürgen Gleitsmann, Günther Oetzel, Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter? Protest und Innovationsmanagement am Beispiel der frühen Kernenergiepläne der Bundesrepublik Deutschland, Diepholz u. a. 2011, im Druck.

¹⁶ Vgl. Alexandra Rese, Wirkung politischer Stellungnahmen am Beispiel der Göttinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung, Frankfurt am Main 1999, 161–165; Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1980.

¹⁷ R.-J. Gleitsmann, G. Oetzel, Fortschrittsfeinde, (wie Anm.15).

¹⁸ Dennis L. Meadows u. a., Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, dt., Stuttgart 1972.

¹⁹ Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, Bonn 1956, 357.

²⁰ Ebd. (wie Anm. 19).

²¹ Ebd.

²² Ebd.

bilaterale Abkommen zum Bezug von Forschungsreaktoren aus den USA, entsprechend gestellt und durch internationale Atom-Konferenzen (Genf) seit 1955 vehement gefördert.



Figure 6. Offizielle US-Briefmarke zur Genfer Atomkonferenz 1955. Quelle: www.smecc.org/atomic_energy.htm [27.4.2011].

Vor diesen Hintergründen konnte auch in der Bundesrepublik die politische, organisatorische, rechtliche und technische Umsetzung der Atomkraftnutzung erfolgen. Und dies geschah zügig, wenn auch nicht ohne völlig unerwartete Hindernisse bei der Ansiedlung der „Bundes-Reaktorstation“ in unmittelbarer Nähe von Karlsruhe. Hier war, nach mehrjährig erbittert geführter Konkurrenz zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern um den Erhalt des Zuschlages für die Errichtung einer derartigen Station, im September 1956 auf höchster bundespolitischer Ebene die Standortentscheidung gefällt worden.²³ Unter Einbeziehung außen- wie sicherheitspolitischer Überlegungen hatte nicht der Bewerber München, sondern der Landkreis Karlsruhe den Zuschlag für die Ansiedlung der Bundesreaktorstation, also jener Zukunftstechnologie erhalten, mit der nicht nur die Vision des technischen Fortschritts an sich, sondern auch der Entstehung einer neuen Technologie- und Wirtschaftsregion, kurz, eines zweiten Ruhrgebiets, verbunden wurde.

Der Erreichung dieses Ziels wurde offenbar vieles untergeordnet, sogar die wissenschaftliche Redlichkeit. So fühlte sich das Geodätische Institut der TH Karlsruhe unter Prof. Heinrich Merkel zu einer die Erdbebengefährdung des Standortes verharmlosenden gutachterlichen Stellungnahme veranlasst. Der

durch tektonische Verwerfungen bekannterenmaßen in besonderer Weise bedrohten Karlsruher Rheingrabenregion wurde im Vergleich zur Region des Kontrahenten München dessen ungeachtet eine absolute Unbedenklichkeit bescheinigt.²⁴ Merkel hielt dazu zusammenfassend fest: „Die Auffassung, dass sich Karlsruhe als Sitz einer Reaktor-Station aus seismischen Gründen weniger eigne als München, ist daher nicht vertretbar.²⁵

Dieses Gefälligkeitsgutachten war nichts anderes, als ein wissenschaftliches Harakiri, welches selbst die Auftraggeber des Gutachtens, die Stadtverwaltung Karlsruhe und ihren Planungschef, den renommierten Architekten Prof. Heinrich Schelling, dazu veranlasste, es mit dem Kommentar zu verwerfen:

„Das Gutachten des Geodätischen Instituts der TH Karlsruhe erscheint zur Weiterleitung an das Max-Plank-Institut bzw. die Planungskommission ungeeignet.“²⁶

V

Ungeachtet des mit größter Begehrlichkeit betriebenen und schließlich vom Erfolg gekrönten Bestrebens, die Bundesreaktorstation für den Standort Karlsruhe zu gewinnen, entbrannte nun allerdings völlig überraschend ein heftiger regionaler Widerstand gegen die tatsächliche Ansiedlung dieser Station in den Hardtgemeinden. Der Widerstand wurde so heftig, dass er z. T. in einem Boykott der Bundestagswahl von 1957 mündete.²⁷ Der Bürger fühlte sich von den politischen Entscheidungsträgern eines demokratischen Staatswesens nicht ernst genommen. Die überregionale Presse allerdings geißelte die dem Zeitgeist unverständliche, vermeintliche Technikfeindlichkeit heftig; nannte sie reaktionär. Im Sinne eines Superlativs gar „atomreaktionär“²⁸ und stellte eine für ungebildet und rückständig erklärte ländliche Bevölkerung an den Medienpranger. Der Tenor dieser Kampagne lautete: „Mit Dreschflegeln gegen Atommeiler“,²⁹ wie die Frankfurter Allgemeinen Zeitung 1956 titelte. Alle Beteuerungen der

²³ Ebd. (wie Anm. 23), 207-210.

²⁴ Ebd. (wie Anm. 23), 210.

²⁵ Ebd. (wie Anm. 23), 203.

²⁷ Die „Bildzeitung“ vom 13. September 1957 titelte: „Aus Angst vor Atom-Schäden. Ein Dorf will nicht wählen“.

²⁸ Vgl. „Max Borell, der Atomreaktionär“, in: Der Stern, Jan. 1957.

²⁹ FAZ vom 9.11.1956.

Betroffenen, dass sie weder Querulanten,³⁰ noch fortschritts- oder gar atomfeindlich seien, sondern einzig und allein Sicherheitsbedenken gegen den konkreten Reaktorstandort vorgebracht hätten, wurden mit unverständigem Kopfschütteln als vermeintlich blander Unsinn abgetan und damit einfach vom Tisch gewischt. Und zwar nicht nur auf nationaler, sondern im besonderen Maße, wie nicht anders zu erwarten, auf regionaler Ebene, d. h. vom zuständigen Landratsamt, der Betreibergesellschaft (Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft), der baden-württembergischen Allparteien-Landesregierung unter Ministerpräsident Gebhard Müller, der Stadt Karlsruhe mit ihrem Oberbürgermeister Günther Klotz, sowie namhaften Atomwissenschaftlern. Der Heidelberger Physiker Otto Haxel brachte dieses Unverständnis für den Widerstand gegen den Hoffnungsträger Atomenergie auf den Punkt: „Alle meine Kollegen sind erschüttert, dass ... die Bevölkerung sich wehrt“.³¹

Die Wissenschaft verstand die Welt nicht mehr.³² Der Widerstand der Karlsruher Hardtgemeinden und ihrer Bürger war, wie wir heute wissen, sehr wohl begründet und stand unter der Maxime: „Zuerst Sicherheit, dann Atomreaktorbau“.³³ Aber niemand wollte dies ernst nehmen oder gar darauf eingehen. In der zeitgenössischen Wahrnehmung stand Laienmeinung gegen die Fachkompetenz wissenschaftlich hoch ausgewiesener Atomexperten, weitsichtiger Politiker und qualifizierter Wirtschaftslenker. Für diese Eliten basierte das Defizit der Widerständler und damit deren irrationales Handeln auf ihrer atomtechnischen Inkompetenz, ihrer Angst vor der Atombombe oder, um es in einem Wort zusammen zu fassen, auf ihrem Hinterwäldlertum. Und deshalb waren sie in Sachen des „friedlichen Atoms“ grundsätzlich nicht ernst zu nehmen. Diese schlichte Fehlanalyse der Motive der Protestierenden führte zur Konzeption einer Problemlösungsstrate-

gie, die die Bevölkerung aufklären, belehren und dadurch zu einer Meinungsänderung bringen sollte.

Dieser Weg wurde auch beschritten, wobei die Bürger aber keineswegs das Vertrauen ihrer landespolitischen Obrigkeit genossen, die es für opportun hielt, anberaumte öffentlich Versammlung durch kriminalpolizeiliche Spitzel begleiten zu lassen.³⁴ Zwar wurde eine Reihe von Vortragsveranstaltungen und Bürgerfragestunden durch die Kernreaktor-Bau- und Betreibergesellschaft organisiert, auch wurden belehrende Ausstellungen zum „Atom“ präsentiert und selbst die Publizistik blieb mit Titeln wie „Unser Freund, das Atom“³⁵ oder „Wir werden durch Atome leben“³⁶ nicht untätig.

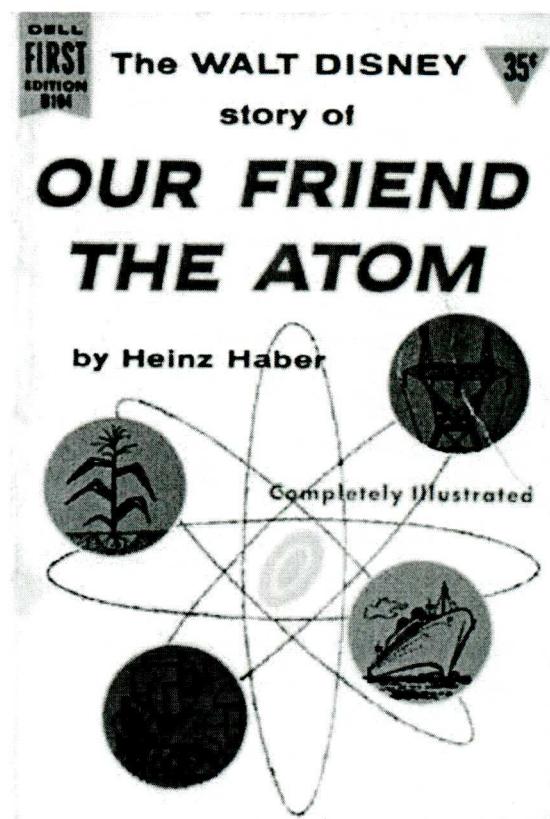


Figure 7. Quelle: www.einestages.spiegel.de/static/entry/micky-maus [27.4.2011].

³⁰ Vgl. „Wir sind keine Querulanten“, Badische Volkszeitung Karlsruhe vom 21. Februar 1957.

³¹ Akten des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Rechtsabteilung, Niederschrift über die Aussprache ... am 10.12.1956, 4.

³² Vgl. Rolf-Jürgen Gleitsmann, Günther Oetzel, „Die Wissenschaft versteht die Welt nicht mehr“. Baden-Württembergs frühe Kernenergiepläne zwischen Fortschrittserwartung und Bürgerprotesten, Mannheim 2000.

³³ Vgl. Heinrich Ehlers, Zuerst Sicherheit, dann Rektorbau, Karlsruhe 1957.

³⁴ Vgl. Akten des Landratsamtes, Allgemeines zum Kernforschungszentrum 1955–1961, hier: Landespolizei-Kreiskommissariat, Protokolle der Bürgerversammlungen, Dezember 1956.

³⁵ Heinz Haber, Unser Freund das Atom, München 1958.

³⁶ Vgl. Gerhard Löenthal, Josef. Hausen, Wir werden durch Atome leben, Berlin 1956.

Aber der tatsächliche Meinungswandel kam auf andere, viel profanere Weise zustande. Für die Menschen einer strukturschwachen, ländlich geprägten Region wie die des Karlsruher Umlandes und ihrem politischen sowie wirtschaftlichen Lenkungsapparat war der Verweis auf das Schaffen von Arbeitsplätzen, auf Wirtschaftswachstum, Wohlstand, Infrastrukturausbau, Gewerbeförderung und steigenden Gemeindesteuereinnahmen Verlockung genug, um nun endlich doch den Verheißungen des Atomzeitalters zu erliegen. Das Hemd saß, wie die spätere Standortgemeinde Leopoldshafen belegt, näher als der Rock.³⁷

Das Eis für den Einstieg in eine atomare Zukunft der Bundesrepublik war damit gebrochen und führte 1956 zur Gründung der Karlsruher Kernreaktor-Bau- und Betriebsgesellschaft. Dieser folgte rasch die Gründung weiterer atomtechnischer Großforschungsreinrichtungen (Jülich 1956; Geesthacht 1956), die Verabschiedung eines ersten Deutschen Atomprogramms (1958–1962) durch den Bundestag (1957), der Aufbau einer institutionellen verwaltungs-, rechts- und aufsichtstechnischen staatlichen Infrastruktur (Atomkommission 1956; Atomministerium 1955; Atomgesetz 1956), sowie der Bau von Forschungs-, Versuchs- und Leistungsreaktoren, die seit Ende der 1950er Jahre kritisch wurden, bzw. ans Netz gingen (Garching 1957; Kahl 1960; FR2-Karlsruhe 1961; Gundremmingen 1966; Jülich 1966 etc.).

Damit wurde der Weg der Bundesrepublik in eine kernenergetische geprägte Zukunft vorgezeichnet und auf absehbare Zeit hin unumkehrbar zementiert. Die Pfadabhängigkeit von dieser Technologieentscheidung, bzw. deren „technisches Momentum“³⁸ wirkt bis zum heutigen Tag fort. Dies ungeachtet dessen, dass sich seit den 1970er Jahren zunächst ein außerparlamentarischer, dann aber auch ein parlamentarischer Widerstand gegen die Kerntechnik formierte und dabei sogar das Parteien-Spektrum durch die neue Kraft der Grün/Alternativen Liste revolutionierte.

Die sich formierende und artikulierende Atomverdrossenheit bzw. Atomgegnerschaft, schlug sich in

spektakulären Protestaktionen u. a. gegen den Uranbergbau in Menzenschwand (1983), den Bauplatzbesetzungen von Whyl (1975 ff.), Kalkar (1977) und Gorleben (1979), den gewaltsamen Auseinandersetzungen um Brockdorf (1976) oder den heftigen Protestaktionen gegen das „Entsorgungszentrum“ Wackersdorf (1985) zum Teil durchaus erfolgreich niederr und stigmatisierte geplante Vorhaben, insbesondere Wiederaufarbeitungsanlagen und Endlager, als politisch nicht durchsetzbar.



Figure 8. Symbolbaustellen: Brokdorf. Zur bis dahin größten Anti-Atom-Demonstration kommen am 28. Februar 1981 etwa 100.000 Menschen an die Unterelbe. Quelle: www.ndr.de/.../akwbrokdorf6.html [27.4.2011].

Dennoch war auf politischer Ebene keine Mehrheit für einen generellen Atomausstieg zu finden. Wie auch? Die normative Kraft des Faktischen, d.h. das technische Momentum des beschrittenen Weges einer Atom-Energie-Nutzung, wirkte in seiner ökonomischen und infrastrukturellen Dimension direkt gegen die Idee eines Atomausstiegs. Bezeichnend hierfür ist, dass im Jahre 1980 die errichteten 8 Leistungsreaktoren gerade einmal wenige Jahre alt oder sogar erst im Bau befndlich waren, wie die 7 Kernkraftwerke, die zwischen 1981 und 1986 ans Netz gingen: Grafenrheinfeld 1981; Krümmel 1983; Gundremmingen B und C 1984; Grohnde 1984; Brockdorf sowie Mühlheim-Kärlich 1986.

Die Wirkmächtigkeit des technischen Momentum wird noch dadurch unterstrichen, dass selbst nach dem Supergau von Tschernobyl in der Bundesrepublik bis 1988 noch 3 weitere Reaktoren ans Netz gingen, nämlich Neckarwestheim II, Emsland und Isar II. Damit kommt das Bestehen einer Systemin-

³⁷ Persönliche Mitteilung des zuständigen Landrats Joseph Groß.

³⁸ Vgl.: Th. P. Hughes, Das ‚technische Momentum‘ (wie Anm. 10).

varianz im Sinne von Popitz³⁹ mehr als deutlich zum Ausdruck.

An eine grundsätzliche Revision der Energiepolitik war unter der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl (1982-1995) ohnehin nicht zu denken. Zudem trat mit der Deutschen Wiedervereinigung seit 1989 eine gänzlich andere Thematik in den Fokus innenpolitischen Interesses, so dass hierdurch die „Atommeldung“ weitgehend in den Hintergrund rückte.

Zuvor, nämlich im April 1986, hatte der Supergau von Tschernobyl die deutsche Bevölkerung aufs heftigste beunruhigt. Eine Beunruhigung, die durch die offizielle staatliche Informationspolitik zu den Folgen des Unfallgeschehens noch zusätzlich angeheizt worden war. Angeblich war zunächst, wie der damalige Innenminister Zimmermann via Fernsehstatement verkündete, für die bundesdeutsche Bevölkerung alles Sicher und kein Anlass zur Beunruhigung gegeben. Eine Behauptung, die dann unter der realen radioaktiven Wolke von Tschernobyl Stück für Stück begraben wurde und korrigiert werden musste.

Ein Glaubwürdigkeitsverlust für die öffentlichen Stellen, der bis heute nachzuwirken scheint.

Der Supergau von Tschernobyl wurde in seinen Auswirkungen für Deutschland von politischer und interessanter Seite zunächst verharmlost, teilweise in den Kontext einer militärischen Plutonumerzeugung gesetzt und dann als das Versagen einer sowjetischen „Steinzeittechnik“ dargestellt, die nichts, aber auch gar nichts mit der absolut sicheren Reaktortechnologie des Westens und insbesondere Deutschlands zu tun habe.

All dieser Bekundungen zum Trotz hatte sich die öffentliche Meinung zur Kernenergienutzung in der Bundesrepublik unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und ihrer Folgen nun allerdings grundlegend gewandelt. Das Meinungsforschungsinstitut EMNID stellte in einer Repräsentativumfrage vom Mai 1986 nämlich fest, dass sich der Anteil der Kernenergiebefürworter in der deutschen Bevölkerung auf einen historischen Tiefstand von gerade einmal 23 % reduziert hatte.⁴⁰ Dieser

grundständige Stimmungswandel innerhalb der Bevölkerung wurde allerdings auch dadurch nicht wesentlich verändert, dass in der Bundesrepublik im Jahre 1989 das integrierte Konzept der atomaren Abfallentsorgung und Wiederaufarbeitung aufgegeben worden war und damit, zumindest zum Teil, ein Brennpunkt der nationalen Kernkraftkontroverse und Kernenergielobby zu entfallen schien. Man mag diesen Schritt durchaus als eine Folge der heftigen Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf ansehen. Im Gegensatz hierzu spricht die Realität eine durchaus andere Sprache. Die eigentliche Ursache für den abrupten Ausstieg der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) aus dem Wiederaufarbeitungsprojekt kann nämlich weniger als Kapitulation vor den Einwendungen oder Protestaktionen der Kernkraftgegner interpretiert werden, sondern war vielmehr eine Folge wirtschaftlicher Rationalität. Die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA), und damit die federführende chemische Industrie, konnte auf ein jüngstes Angebot des französischen Spaltstoffaufbereiters COGEMA (Compagnie Générale des Matières Nucléaires) verweisen, den deutschen Atommüll in la Hague zu einem zehntel der in Wackersdorf je Tonne anfallenden Kosten aufzubereiten.⁴¹ Damit war das Konzept einer nationalen Wiederaufarbeitung hinfällig geworden. Die Bundesrepublik stimmte einer entsprechenden Vereinbarung mit Frankreich zu und in Deutschland wurden sämtliche für eine Wiederaufarbeitung relevanten Aktivitäten eingestellt. Damit war auch der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft faktisch gegeben, auch wenn die Brütertechnologie letztlich erst im Jahre 1991 mit dem Schnellen Natriumgekühlten Reaktor (SNR 300) zu Grabe getragen wurde.

Die Kritik der Kernenergiegegner konzentrierte sich in der Folge der Aufgabe des integrierten Entsorgungskonzepts auf den Castor-Brennlementtransport, den SNR-300 in Kalkar, gegen den bereits 1977 40.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen auf die Straße gegangen waren, und der schließlich als 7 Milliarden teure Investitionsruine (als Freizeitpark) endete (1991), die Brennlement Fertigungsanlagen der Firma Alkem/Nukem in Hanau, die der Rück-

³⁹ Vgl. Heinrich Popitz, Epochen der Technikgeschichte, Tübingen 1989, 36 ff.

⁴⁰ Vgl.: R.-J. Gleitsmann, Technikakzeptanz (wie Anm. 13), 134.

⁴¹ Vgl. Wolfgang Issel, Die Wiederaufarbeitung von bestrahlten Kernbrennstoffen in der Bundesrepublik Deutschland. Technologische Chance oder energiepolitischer Zwang, Frankfurt am Main 2003, 225 f.



führung von Plutonium in den Brennstoffkreislauf dienen sollte, den Erkundungsarbeiten für das Endlager in Gorleben, sowie der langfristigen Lagerung abgebrannter Brennstäbe auf dem Gelände des jeweiligen Kernkraftwerks“.⁴²

Die gesellschaftliche Akzeptanz der Atomenergie, die sich mit Tschernobyl zunächst drastisch verringert hatte, erholtete sich dessen ungeachtet bald wieder. Schenkt man den Meinungsumfragen zu, so waren die Ereignisse von Tschernobyl als nicht auszuschließende Gefahren einer Kernenergienutzung seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland bereits wieder soweit aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt, dass die Befürworter einer Kernkraftnutzung wieder Akzeptanzwerte von etwa 50 % erreichten.

Mit der Abwahl der Bundesregierung Kohl und der Bildung einer rot-grünen Koalitionsregierung ändert sich seit 1998 die deutsche Atompolitik grundlegend. Jürgen Trittin als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und seine Partei waren hierfür Garant und treibende Kraft.



Figure 9. Quelle: Bundesarchiv, Bundesregierung, B145 Bild-00070866. Foto: Bernd Kühler, 26. April 2005.

⁴² Ebd., (wie Anm. 41), 226.

Der sog. „Atomkonsens“ der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder im Jahr 2000 trug den neuen politischen Machtverhältnissen und damit auch einer neuen energiepolitischen Ausrichtung Rechnung. Sämtliche noch aktiven Kernkraftwerke sollten bis spätestens zum Jahre 2021 stillgelegt werden. Dies wurde mit den Kraftwerkseigentümern (EVU's) ausgehandelt und beschlossen, obwohl es Außenstehende möglicherweise überrascht haben dürfte. Die Einigung hierauf und die Durchsetzung dieser Entscheidung wurden allerdings zumindest durch zwei Sachverhalte begünstigt und durch diese auch verständlich: Zum einen dadurch, dass die ursprünglich geplante Gesamtaufzeit, d.h. die technisch-ökonomisch sinnvolle Standzeit der Reaktoren von geplanten 35 Jahren, dann tatsächlich erfüllt war, diese sozusagen ihre ökonomische Pflicht und Schuldigkeit getan hatten; Und zum anderen, dass die die Anlagen betreibenden EVU's verschleißbedingt mit dem schwer einzuschätzenden Risiko höherer Instandhaltungskosten zu rechnen hatten. Instandhaltungen und Nachrüstungen, die zudem aufwendig nach dem jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik hätten erfolgen müssen.

Es gab mithin auf Seiten der Energieindustrie durchaus gute Gründe, wenn es denn sein musste, Laufzeitbeschränkungen auszuhandeln und zu akzeptieren. Gleichermaßen konnte die rot-grüne Politik zufrieden sein, für ihre Wählerschaft ein Zeichen gesetzt zu haben, dessen reale Konsequenzen sich letztendlich erst in späteren Wahlperioden zeigen würden. Dass man seitens der EVU's dennoch die Risiken einer Laufzeitverlängerung über das Jahr 2021 hinaus grundsätzlich einzugehen bereit gewesen wäre, d.h. technische Risiken in Milliardenhöhe möglicherweise verdrängte und stattdessen auf gute potentielle Zusatzrenditen setzte, spiegelte sich in der durch die aktuelle Bundesregierung im Jahre 2010 mit den Betreibern neu ausgehandelten Laufzeitverlängerungen um weitere 14 Jahre bis 2035 wider. Dies zudem mit der für die EVU's erfreulichen Nebenabrede, dass die Volumina der Nachrüstrisiken für die Reaktorbetreiber sogar auf relativ unbedeutende 500 Mill. € begrenzt wurden. Wie sicher man sich offenbar fühlte, mag darin zum Ausdruck kommen, dass der Politik eine gewisse Beteiligung am „Zusatzgewinn“ in Form einer Brennelementesteuer und Zahlungen in einen erneuerbare Energien-Fond gewährt wurde.

Trotz heftiger innenpolitischer Diskussion und entsprechender Debatten im Bundestag hielt die Regierung Merkel an diesem, von ihren politischen Gegnern als „Ausstieg vom Ausstieg“ bezeichneten Beschluss fest. Ein endgültiges Ende der Atom-Kern-Energie in Deutschland rückte damit in die Ferne mehrerer Dekaden. Eine Revision dieses Laufzeitszenarios musste unter den bestehenden politischen Konstellationen als höchst unwahrscheinlich gelten. Erst unter dem Eindruck des verheerenden Super-gaus von Fukushima im April 2011, sowie durch die direkt hiervon beeinflussten Landtagswahlen, setzte ein Umschwenken auch in der die Bundesregierung tragenden CDU/FDP-Koalition ein. Es bleibt zu hoffen, dass die gegenwärtige Situation nicht nur einen gesellschaftlichen Diskurs über den energietechnisch zukünftig zu beschreitenden Weg auslöst, sondern ebenso die Problematik der ressourcenunersättlichen Wachstumsgesellschaft an sich und des von dieser beschrittenen Technikpfades zur Diskussion stellt. Allerdings scheint es fraglich, ob sich an der strukturellen Unersättlichkeit der industriellen Massenkonsumgesellschaft an Energie und Ressourcen grundsätzlich etwas ändern wird, koste es was es wolle!

VI

Statt eines Fazits möchte ich mit einem Auszug aus einer Passantenbefragung schließen, die der Süddeutsche Rundfunk am 19. Juli 1956 auf der Karlsruher Haupteinkaufsstraße anlässlich des Gründungsaktes der damaligen Kernreaktor-Bau- und Betriebsgesellschaft durchgeführt hat:

Reporter: „Wissen Sie, dass hier in Karlsruhe der erste Atomreaktor gebaut wird, dass heute die Unterzeichnung des Vertrages stattfand. Sind Sie dafür, dass er gebaut wird?“

Passant: Selbstverständlich. Nur durch probieren kann man studieren.

Reporter: Ja, was sind Sie von Beruf?

Passant: Techniker.

Reporter: Ja, aber denken Sie nicht, dass auch Gefahren damit verbunden sind? Für die Bevölkerung?

Passant: Ach, ich meine, die Wissenschaftler müssen schon wissen, was sie tun, nicht wahr, wenn so was erstellt wird, dann muss ja auch soviel Überlegung dabei sein, dass es der Bevölkerung eben nicht schadet“.⁴³



⁴³ Niederschrift einer Sendung des SDR zur Gründung der KBB am 19.7.1956 in Karlsruhe. Abgedruckt in: R.-J. Gleitsmann, G. Oetzel, Fortschrittsfeinde (wie Anm. 15).